

Forderungen zu stellen, sondern nur die Hoffnung auszudrücken, daß die Deutschen „aus eigenem Antrieb“ etwas Befriedigendes vorschlagen würden.
Die Mehrzahl der beteiligten Mächte hat bereits die Einladung zur Londoner Konferenz angenommen.

Ueber die Vorgeschichte der Einberufung der Ministerkonferenz weiß ein französischer Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Paris folgende Einzelheiten zu berichten: Ministerpräsident Laval hatte sich dem britischen Vorschlag, am Montag eine internationale Konferenz in London abzuhalten, widersteht. Während der Nacht zum Donnerstag aber erhielt Henderson aus London beunruhigende Meldungen über die Folgen, die eine Verschlimmerung der deutschen Krisis auf die ausländischen Märkte haben könnte. Um Mitternacht teilte Henderson dem Ministerpräsidenten Laval telefonisch mit, daß MacDonald sich außerstande gesehen habe, die Einladung zur Londoner Ministerkonferenz aufzuschieben, und auf eigene Verantwortlichkeit gehandelt habe. Morgens folgte dann eine zweistündige Konferenz im Arbeitszimmer Lavals im Innenministerium. Der Ministerpräsident erklärte sich grundsätzlich mit einer internationalen Konferenz einverstanden, aber nur unter der Bedingung, daß die deutschen Minister erst nach Paris kämen, und daß mit ihnen eine grundsätzliche Vereinbarung über den Plan finanziellen Bestandes, den die französische Regierung entworfen habe, erreicht werde.

England gegen Finanzkontrolle

Nach einer Reutermeldung wird das angebliche französische Angebot, sich an einer Anleihe von einhundert Millionen Pfund Sterling für Deutschland unter der Bedingung einer Art von Kontrolle über die deutschen Zölle zu beteiligen, in Londoner politischen Kreisen lebhaft kommentiert. Der Vorschlag begegnet Bedenken, und man glaubt, daß er in der gegenwärtigen Form kaum von der britischen Regierung angenommen werden dürfte.

Was plant Frankreich wirklich?

Der Pariser „Times“-Vertreter meldet: Die Anregung betreffend die Anleihe von zwei Milliarden Mark soll von Finanzminister Flandin stammen. Eine solche Anleihe würde natürlich einige Rückwirkung auf die geplante deutsch-österreichische Zollunion haben. Die Franzosen fassen zwei Möglichkeiten ins Auge. Entweder würde die Anleihe an Deutschland direkt gewährt werden oder durch Vermittlung einer Zentralbank wie der Bank von England erfolgen. In letzterem Falle würde die Notwendigkeit einer Einberufung des französischen Parlaments umgangen werden.

Was die Frage der Garantien betrifft, so wird etwas undeutlich von einem „politischen Moratorium“ gesprochen, das Deutschland ohne Verletzung seiner Würde unterschreiben könne. Ferner sagt der Korrespondent, die Schritte der deutschen Regierung und der Reichsbank hätten in Paris einen ausgesprochenen Eindruck gemacht und würden als Merkmal einer veränderten Haltung und als Beweis der Aufrichtigkeit betrachtet.

Amerikas Rolle

„New York Times“ erklärt, die finanzielle Erholung an allen Weltmärkten sei hauptsächlich dem guten Eindruck, den die deutsche Währungsreform gemacht hätten, und dem sich bereits geltend machenden Einfluß der Pariser Besprechungen zuzuschreiben. Stimmons' Entscheidung berechtige zu der Hoffnung, daß der „inoffizielle Beobachter“ früherer Jahre nunmehr endgültig verschwinde. Die große Wandlung in der internationalen Stimmung, die sich bereits durchgelebt habe, sei hauptsächlich auf die überlegten Bemühungen der Staatsmänner und der so oft verschrienen internationalen Bankiers zurückzuführen, von deren sachverständiger Mitarbeit eine wirksame Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten erwartet werden dürfte.

„Keine Prognose möglich“

Abwartende Haltung in Berlin.

Berlin, 18. Juli.

In Kreisen des Reichskabinetts ist man sich über die schwerwiegende Bedeutung der Kanzlerreise vollkommen im klaren. Ihr Ergebnis ist zunächst entscheidend dafür, wie sich die Devisenlage gestaltet, wenn in der nächsten Woche das Bankgeschäft wieder in normalere Formen hinübergeführt wird. Von unterrichteter Seite wird betont, daß irgendwelche Bedingungen oder bestimmte Pläne, wie sie in der Pariser Presse aufgestellt werden, der Reichsregierung nicht zur Kenntnis gebracht worden sind. Trotzdem bezweifelt man in politischen Kreisen natürlich nicht, daß die französischen Minister dem Kanzler und dem Außenminister Wünsche vorlegen, die die deutschen Staatsmänner vor ganz schwerwiegenden und verantwortungsvollen Entscheidungen stellen.

Die Einladung selbst, die seit heute vormittag offiziell vorliegt, ist in der höflichsten und zuvorkommendsten Art gehalten. Die französische Regierung hat die deutschen Herren gebeten, sich als ihre Gäste zu betrachten. Die Delegation wird jedoch aus Zweckmäßigkeitsgründen in der deutschen Botschaft wohnen.

Die Minister kommen nachmittags um 2 Uhr in Paris an. Um 4 Uhr wird bereits die erste Besprechung stattfinden, und zwar zunächst mit den französischen Ministern. Für diese Aussprache stehen nur etwa drei bis vier Stunden zur Verfügung, da am Abend ein Essen zu Ehren des Duke of York stattfindet, an dem die französische Regierung aus Gründen der Höflichkeit gegenüber England teilnehmen muß. Am Sonntag wird die Besprechung dann fortgesetzt unter Zuziehung der Vertreter von England und Amerika, möglicherweise auch von Italien, wenn Grandi über Paris nach London fahren sollte.

In Berlin nimmt man an, daß Henderson am Sonntagnachmittag bereits nach London zurückkehrt, da er die große Konferenz vorbereiten muß. Die übrigen Teilnehmer werden Paris erst am Montagvormittag um 10 Uhr verlassen und um 5 Uhr nachmittags in London eintreffen.

Nach Auffassung unterrichteter Kreise ist es vollkommen unmöglich, schon jetzt eine Prognose zu stellen. Man weist immer wieder darauf hin, daß der Ausgangspunkt für die Pariser Reise in der bekannten Rundfunkrede des Reichskanzlers zu sehen ist. Es kommt darauf an, Wege zu suchen, die zu einer wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Beruhigung führen. Dazu wird betont, daß die deutsche Delegation keine Forderung annehmen wird, die der Ehre und den Interessen Deutschlands widerspricht.

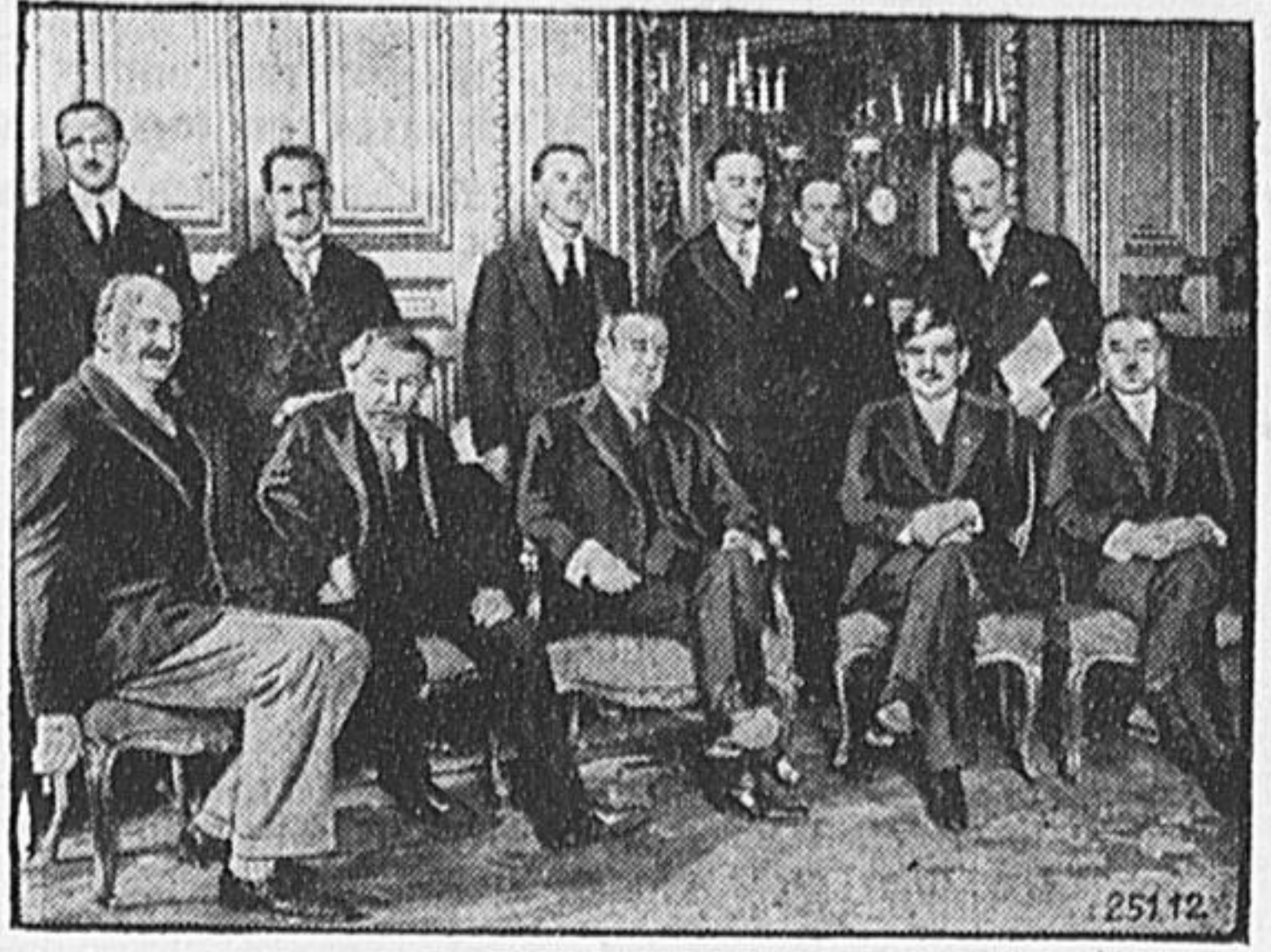
Die Sachverständigenkonferenz

Zunächst nur vorbereitende Arbeiten.

London, 18. Juli.

Der Ausschuss der Sachverständigen zur Lösung der sich im Zusammenhang mit der Durchführung des Hoover-Festjahres ergebenden Probleme, in dem Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Japan und die Vereinigten Staaten vertreten sind, kam in seiner ersten Sitzung zu dem Entschluß, sich in Anbetracht der Unsicherheit der gegenwärtigen Lage und im Hinblick auf die am Montag anberaumte Ministerkonferenz in London im Augenblick auf die Behandlung von Präliminarfragen zu beschränken.

Sir F. W. Beith-Ross wurde zum Vorsitzenden gewählt. Es wurde beschlossen, einen Unterausschuss einzusetzen, der sich mit der Untersuchung der bestehenden Verträge für Sachlieferungen befassen wird. Jede Macht, die in dem Ausschuss nicht vertreten ist, kann eine schriftliche Erklärung über Angelegenheiten, die sie besonders berühren, einreichen, und der Ausschuss wird ihr dann Gelegenheit geben, diese Erklärung, falls nötig, durch persönliche Bepflegungen zu ergänzen. Der Unterausschuss trat am Nachmittag zusammen, dagegen hat sich der Hauptausschuss bis auf Montag nach Ankunft der Minister vertagt.



Die Pariser Verhandlungen.

Unser Bild zeigt von links nach rechts: Finanzminister Flandin, Briand, Henderson, Laval und Minister Raynaud bei den vorbereitenden Verhandlungen in Paris.

Keine Entscheidung von Bedeutung in Paris vor der Londoner Ministerkonferenz.

London. Die Meldung einer englischen Zeitung, daß MacDonald nach Paris gehen werde, wird amtlich energisch dementiert. Die Verlautbarung besagt, daß die Vorbereitungen für die Ministerkonferenz in London in Verbindung mit der finanziellen Lage in Deutschland weitergehen. Alle eingeladenen Länder hätten die englische Aufforderung in zustimmendem Sinne beantwortet, nur von Frankreich sei bisher noch keine Antwort eingetroffen.

Die Besprechungen in Paris, so heißt es weiter, trügen nur einen vorläufigen und informativ Charakter. Es könne dort vor dem Zusammentritt der Londoner Ministerkonferenz keine Entscheidung von weitergehender Bedeutung gefällt werden.

Es finden sich in London auch ernste und verantwortliche Stimmen, die jetzt nachträglich die Verschiebung der Reise der englischen Minister nach Berlin für einen Fehler ansehen. Unsicher ist man in London auch mit der Politik Hendersons in Paris nicht ganz einverstanden. Sicherlich bedarf die Frage der Klärung, ob der englische Außenminister von den französischen Bedingungen Kenntnis hatte, als die deutschen Minister zur Reise nach Paris aufgefordert wurden.

Der Gouverneur der Bank von England hatte am Freitag wieder Besprechungen beim Ministerpräsidenten, über deren Inhalt der Öffentlichkeit nichts bekanntgegeben wurde. Jedoch vertritt die Bank von England noch immer den Standpunkt, daß Deutschland, wenn irgend möglich, den Weg der Selbsthilfe weitergehen soll, und daß derartige Bedingungen, wie sie von Frankreich gestellt sind, sich mit den Grundätzen einer gesunden Finanzpolitik nicht vereinbaren lassen. Andeutungen, unter Umständen auch ohne Frankreich einen Kredit für Deutschland, falls ein solcher wirklich notwendig sei, bereitzustellen, waren am Freitag ausgeprägter als an allen vorhergegangenen Tagen.

Hoover gegen die französischen Forderungen.

Berlin. Wie die Morgenblätter aus Washington ergänzend melden, bemerkte Castle zu den französischen Bedingungen für die Gewährung einer Anleihe an Deutschland, Hoover habe, als Stimmons ihm diese Forderungen mitteilte, erklärt, daß Amerika sie unmöglich diskutieren könne, und daß die französischen Staatsmänner nach einer Unterhaltung mit Dr. Brüning selbst einsehen würden, daß sie unbefragbar seien. Die Reichsregierung habe, so betonte Castle, in den letzten Tagen einige sehr energische und gute Maßnahmen ergriffen, die dem Reich über die nächste Zukunft hinweghelfen würden. Nimmerehr könne Deutschland erwarten, daß schließlich ein auf möglichst lange Zeit berechneter Hilfsplan gefaßt werde, und das sei die Aufgabe der Londoner Konferenz.

Die Berliner Presse zur Abreise des Kanzlers.

Berlin. Einige Berliner Blätter beschäftigen sich noch kurz mit der erfolgten Abreise des Kanzlers nach Paris. — Die „D. A. Z.“ betont, die Verhandlungen des Kanzlers in Paris werden mit deutschen Forderungen und Vorschlägen beginnen müssen, vor allem mit der Forderung nach Klärung des Youngplanes und wirklich endgültiger Abschaffung der Tribute, die die ganze kapitalistische Welt gegenüber dem Volksweltismus geschwächt und zerrüttet haben. — Der „Vorwärts“ sagt, die Sozialdemokratie wüßte Brüning und Curtius Erfolg und werde sie nach ihren Taten beurteilen. Man könne hoffen, daß Engländer und Amerikaner den Weg der Billigkeit und des gesunden Menschenverstandes zeigen werden. Dafür könne man ihnen dankbar sein, aber schöner wäre es, wenn Deutsche und Franzosen diesen Weg allein fänden. — Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, daß nicht nur das deutsche Lebensinteresse, sondern auch die deutsche Würde verlangt hätte, die Reise mindestens so lange hinauszuschieben, bis die französische Regierung zu den in der französischen Presse veröffentlichten Kapitalisations- und Ueberverfügungsbedingungen amtlich sich geäußert hätte. Jede Verhandlung in Paris sei ungemein gefährlich.

Pariser Bedingungen für jede deutsche Regierung unannehmbar.

Ein Brief an den Reichskanzler.

Berlin. Namens der Fraktionsgemeinschaft des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konfessionslosen Arbeiterpartei haben die Abgeordneten Simpfendorfer und Graf Westarp an den Reichskanzler vor seiner Abreise nach Paris folgenden Brief gerichtet:

„Wir haben mit unseren Stimmen die Einberufung des Reichstages verhindern helfen und sind bereit, Ihre feierliche Politik weiterhin zu stützen. Das ist nur möglich, wenn Sie, Herr Reichskanzler, in Paris die demütigenden und entwürdigenden Forderungen, die Sie dort zu erwarten scheinen, unbefugtem ablehnen und insbesondere jede Bindung der Handlungsfreiheit für die Zukunft vermeiden. Wenn das Ausland jetzt nicht bereit ist, ohne entwürdigende Bedingungen einen Teil der entzogenen Kredite zurückzugeben, und zwar in langfristiger Form, durch die eine Wiederholung derartiger Krisen vermieden wird, so muß das deutsche Volk seine Lebenshaltung und seine Wirtschaft auf die veränderte Kapitalgrundlage einstellen. Rücksichtnahme auf Schäden, die dadurch dem Auslande erwachsen, ist nicht mehr möglich. Das deutsche Volk wird aber, davon sind wir überzeugt, unter tatkräftiger Führung die schweren Opfer, die damit verbunden sind, tragen und um seiner Freiheit willen in Armut weiterarbeiten und kämpfen. Nur eine Regierung, die eine derartige Politik mit fester Hand nach innen und außen führt, wird von Bestand sein können, die gegenwärtige Krise überwinden und uns der Freiheit entgegenführen.“

Die Wirtschaftspartei und das Landvolk haben sich mit Rücksicht auf den ersten Satz des Schreibens diesem Schritt nicht angeschlossen, pflichten ihm aber im sonstigen Inhalt voll bei. Desgleichen nimmt in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, unter der Ueberschrift: „Deutsche Schicksalstage“ das Wort zu längeren Ausführungen über die gegenwärtige Lage, in denen er zum Schluß erklärt: Die Erklärungen des Reichskanzlers und unseres Freundes Curtius in den letzten Tagen geben mir die Sicherheit, daß sie nichts ertragen und sich zu nichts verpflichten werden, was gegen das Ehrgefühl, was gegen die nationale und wirtschaftliche Lebensfreiheit unseres Volkes richtet. Sollten sich allerdings die von der französischen Presse veröffentlichten „Bedingungen“ als die Grundlage erweisen, auf der die französischen Staatsmänner eine angebliche „Verständigung“ uns antragen wollen, so kann hier nur die einzige Antwort gegeben werden: „Eine deutsche Regierung, die das unterschreiben wollte, würde im selben Augenblick die Grundlage ihrer Existenz im deutschen Volke verloren haben.“

Die Ernährung des Volkes gesichert

Die Mobilisierung der Ernte muß gesichert werden.

Berlin, 18. Juli.

Der stellvertretende Vorsitzende der Landvolk-Partei, Reichstagsabgeordneter Dr. Gerke, veröffentlicht angeichts der gegenwärtigen Krise einen Appell, worin er betont, es zeige sich jetzt wieder, welche ausschlaggebende Bedeutung einer leistungsfähigen Landwirtschaft zukomme, die in der Lage ist, das deutsche Volk aus eigenen Kräften zu ernähren. Diese Erkenntnis rechtfertige die Maßnahmen zum Schutze der deutschen Landwirtschaft.

Die deutsche Landwirtschaft sei trotz ihrer Notlage imstande, auch heute noch die Ernährung des Volkes, auf die es jetzt in erster Linie ankomme, sicherzustellen.

Es wird dann auf die verantwortungsvolle Aufgabe der Landwirtschaft verwiesen und gesagt, die Landwirtschaft müsse von sich aus ungerechtfertigte Preissteigerungen vermeiden. Für den Verbraucher aber sei es eine Ehrenpflicht, stets nur auf einheimische Erzeugnisse zurückzugreifen. Sollte die bevorstehende Ernte schnell und reibungslos geborgen und dem Verbraucher zugeführt werden, so sei es eine der vornehmsten Aufgaben der Reichsregierung, die Finanzierung der Einbringung der Ernte trotz aller bestehenden Schwierigkeiten unter allen Umständen sicherzustellen. Eine solche Maßnahme müßten auch die Verbraucherpreise billigen, weil die Mobilisierung der Ernte die Abgabe von Devisen für ausländische Nahrungsmittel überflüssig mache und daher zur Stützung des Vertrauens in die deutsche Markt beitrage.

Kennzeichnung des Brotgewichts

Durch die Notverordnung vom 5. Juli 1931 haben die Bestimmungen des Brotgesetzes über die Herstellung von Roggenbrot nach festem Gewicht und über die Angabe des Brotgewichts eine neue Fassung erhalten. In Verfolg hier von hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrats die erforderliche Ausführungsverordnung erlassen:

Diese „Verordnung über die Angabe des Brotgewichts“, die mit dem 15. August 1931 in Kraft tritt, schreibt im wesentlichen vor, daß das Brotgewicht auf dem ungeteilten Brote in Gramm oder Kilogramm leicht erkennbar auf der Kruste (Rinde) durch Einprägen eines Stempels in die Oberfläche des Teiges oder durch feste Anbringung einer Papiermarke oder auf einer Banderole anzugeben ist.

Ist das Brot in einer Umhüllung verpackt, so ist es erforderlich, aber auch genügend, wenn die Gewichtsangabe leicht erkennbar auf der Umhüllung angebracht ist. Um den Uebergang zu erleichtern, ist ferner noch vorgesehen, daß bei dem in einer Umhüllung verpackten Brot bis zum 1. Oktober 1931 die Angabe des Gewichts auf der Kruste (Rinde) ausreichend ist.

Zusammenstoß vor der Kieler Universität.

Kiel. Am Freitagmittag kam es vor der Universität zu Schlägereien zwischen politischen Gegnern. Von sozialistischer Seite waren Flugblätter gegen die Nationalsozialisten vor der Freitreppe der Universität verteilt worden. Nationalsozialistische Studenten suchten die Gegner zu vertreiben. Es entwickelte sich eine Schlägerei. Das Ueberfallkommando brachte die Gegner auseinander. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Tränengasbomben gegen Ansammlungen in Koblenz.

Koblenz. Am Freitagabend kam es in der Kastorstraße, wo schon in den letzten beiden Nächten Kommunistenausreitungen stattgefunden hatten, verschiedentlich zu Ansammlungen. Die Polizei riegelte die Straße und die angrenzenden Straßenzüge ab und zerstreute, um Ausschreitungen vorzubeugen, die Zusammenrottungen mit Tränengasbomben.

Blutige Protestkundgebung gegen eine Negerhinterziehung in Amerika.

New York. Ein großer Teil der Negerbevölkerung der Stadt Cahill im Staate Alabama veranstaltete eine große Protestkundgebung gegen die bevorstehende Hinrichtung der wegen angeblicher Gewalttätigkeit weißer Mädchen zum Tode verurteilten elf Neger. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, wobei ein Neger getötet und viele andere verletzt wurden. Desgleichen wurde ein höherer Polizeibeamter verwundet.